



Helga Schwitzer
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied

Rede
auf der

Kundgebung
KETTENreAKTION

24. April 2010

in Elmshorn

Sperrfrist Redebeginn!

Es gilt das gesprochene Wort!

**Liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der Kettenaktion,
liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Freundinnen und Freunde,**

eine 120 Kilometer lange, geschlossene Menschenkette - was wir hier heute geschafft haben, das ist Klasse! Die schwarz-gelbe Regierung und die Herren in den Chefetagen der Energieunternehmen sollen sich hüten! Sie können nicht an dieser Kette vorbei. **Wir lassen sie da nicht durch.**

Was wir alle gemeinsam heute hier von Brunsbüttel bis Krümmel auf die Beine gestellt haben, das ist mehr als nur eine symbolische Aktion!

Alle, die sich heute eingereiht haben gegen die Wiederinbetriebnahme der Schrottreaktoren von Brunsbüttel und Krümmel. Alle, die an mehreren AKW-Standorten in Deutschland für den Ausstieg demonstriert haben. Wir alle werden weiter gegen einen Ausstieg aus dem Ausstieg bei der Atomkraft kämpfen!

Und die Kette ist ja noch viel länger! Die Mehrheit der Menschen in Deutschland lehnt die von der schwarz-gelben Bundesregierung geplante Laufzeitverlängerung für Kernkraftwerke ab!

Darüber können Politiker nicht hinwegsehen, da können sie nicht einfach durch. Wenn sie das tun, dann sage ich voraus: Das hier war nur der Anfang. Dann geht der Protest weiter. Dann wird das Aktionsbündnis aus Anti-Atomkraft-Bewegung und Gewerkschaften noch mehr Druck machen. Dass das möglich ist und wie das gehen kann, das demonstrieren wir heute in hervorragender Weise.

Die Regierenden in Berlin, in Düsseldorf, in Hamburg und Kiel, die Regierenden überall rufe ich auf: **Macht endlich Politik für die Mehrheit der Menschen!** Die Menschen wollen raus aus einer Technologie, die ein verheerendes Unfallrisiko in sich trägt!

Übermorgen liegt die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl 24 Jahre hinter uns. Wer damals kleine Kinder hatte, weiß noch: Wir mussten ihnen das Spielen im Freien verbieten! Das Selbstverständlichste von der Welt war plötzlich nicht mehr

selbstverständlich! Das ist doch nicht vergessen. Das ist so lebendig in Erinnerung wie die durch die Reaktorkatastrophe verursachten Todes- und Krankheitsfälle.

Wenn Politiker das vergessen machen wollen, dann ist das einfach nur menschenverachtend! Dann ist es um so wichtiger, dass diese Verachtung die Menschen auf die Beine bringt! **Wir schalten nicht ab, solange die Politiker nicht abschalten!**

Wir wollen raus aus einer Technologie, die den Ausbau erneuerbarer Energien blockiert! Das betone ich nicht nur als langjährige Gegnerin der Atomkraft. Das betone ich auch als Gewerkschafterin. Als IG Metalllerin.

Ich weiß: Beschäftigte in den Energiekonzernen, viele von ihnen Mitglieder der IG Metall, fürchten den Ausstieg. Sie haben Angst um ihre Arbeitsplätze. Das kann ich verstehen. Und wir wären eine schlechte Gewerkschaft, wenn uns das Schicksal der Beschäftigten kalt ließe.

Nein, das lässt uns nicht kalt. Das hat uns schon bei anderen Strukturumbrüchen nicht kalt gelassen. In der Stahlkrise haben wir dafür gesorgt, dass Menschen nicht ins Bergfreie gefallen sind. In der aktuellen Wirtschaftskrise tun wir tarifpolitisch sehr viel für eine erfolgreiche Beschäftigungssicherung. Und schon jetzt bereiten wir uns und die Betroffenen in der Automobilindustrie auf den Strukturumbruch zur Elektromobilität vor.

Wir werden bei einem Ausstieg aus der Atomenergie das Know-how der hochqualifizierten Beschäftigten für den Rückbau der Kernkraftwerke und für die Entsorgung des nuklearen Abfalls brauchen. Wir werden uns für alternative Arbeitsplätze einsetzen und für sozialverträgliche Lösungen bei der Sicherung von Beschäftigung und Tarifbedingungen streiten. So wie wir es mit Erfolg bei Stahl getan haben.

Was den Ausbau erneuerbarer Energien betrifft: Dazu gibt es keine Alternative! Die Ingenieurinnen und Ingenieure in der Entwicklung von Windkraft- und Solaranlagen, die Beschäftigten in der Produktion - sie alle gehören zur Metallindustrie. Dort sind

zehntausende Arbeitsplätze entstanden. Ein Teil davon ist jetzt durch Pläne der Bundesregierung gefährdet, die Solarförderung drastisch zu kürzen. Dahinter ist System zu vermuten! Die Bundesregierung will offenbar die Akzeptanz für Atomstrom und Laufzeitverlängerung der AKWs durch eine Verteuerung der Solarenergie erhöhen. Gegen die Regierungspläne haben Beschäftigte der Branche vor drei Tagen in Berlin protestiert. Ich denke, sie haben unsere Solidarität verdient.

Die Beschäftigten haben unsere Solidarität noch aus einem ganz anderen Grund verdient. In den noch jungen, vor allem in den neuen Bundesländern angesiedelten Betrieben geht es oft noch recht frühkapitalistisch zu. Tarifverträge und Mitbestimmung sind für etliche Arbeitgeber dieser Branche rote Tücher.

Das muss anders werden. Die Beschäftigten in den Betrieben und Unternehmen der erneuerbaren Energien haben ein Recht auf Tarifverträge und auf einen Betriebsrat. Zukunftstechnologie und rückwärts gewandte Unternehmenspolitik - das passt nicht zusammen. Das kann auf Dauer nicht gut gehen. Nur gute und gut bezahlte Arbeit wird auf Dauer auch innovative Produkte hervorbringen. Die IG Metall fordert:
Saubere Energie zu sauberen Arbeitsbedingungen.

Liebe Freundinnen, liebe Freunde, liebe Atomkraftgegnerinnen und -gegner,

wir lassen unser Leben, unsere Gesundheit und die unserer Kinder nicht aufs Spiel setzen. Wir lassen uns nicht für dumm verkaufen. Wir lassen uns nicht verstrahlen.

Wir haben heute der Politik gezeigt: Wir wollen raus aus einer Technologie, die tausenden Generationen tödlichen Atommüll aufbürdet. **Wer nach den politischen Lügen um Asse, Schacht Konrad und Gorleben die Entsorgungsfrage als gelöst ansieht, der ist selber Asse! Der ist nicht ganz dicht!**

Unsere Kette heute war dicht! Lasst uns weiter dicht zusammenstehen - Anti-Atomkraft-Bewegung und Gewerkschaften vereint. Für den Ausstieg aus der Atomkraft, für Abrüstung und dabei vor allem für Vernichtung der Atomwaffen, für ein Leben ohne Angst!. Lasst uns weiter gemeinsam für ein gutes Leben streiten! Für eine menschliche, ökologische und soziale Zukunft.